

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

für Waren, Werk- und Dienstleistungen in
Österreich

Version: 03/2018

GELTUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Geltungsbereich:

Diese ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN gelten für alle zwischen AUFTRAGNEHMER und AUFTRAGGEBER geschlossenen oder künftig zu schließenden Kauf-, Werklieferungs-, Werk-, Dienstleistungs- oder vergleichbaren Verträge und Geschäftsbeziehungen. Entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen des AUFTRAGGEBERS finden keine Anwendung, auch dann nicht, wenn der AUFTRAGNEHMER deren Einbeziehung im Einzelfall nicht widerspricht. Im Einzelfall getroffene individuelle Vereinbarungen zwischen AUFTRAGNEHMER und AUFTRAGGEBER haben Vorrang vor diesen ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN, soweit sie in Widerspruch zu diesen stehen. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher oder sonstiger rechtlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen und sonstige rechtliche Vorschriften, soweit sie in diesen ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Begriffsbestimmungen:

ABNAHMEBESCHEINIGUNG	eine Bescheinigung, die ausgestellt wird, wenn die Abnahme der WAREN und/oder SERVICES (vollständig oder in Teilen) zu erklären ist.
ABNAHMEPRÜFUNGEN	die ausdrücklich im VERTRAG vereinbarten Tests der WAREN und/oder SERVICES.
ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN	diese vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für WAREN, und/oder SERVICES.
ANGEBOT DES AUFTRAGNEHMERS	das Angebot des AUFTRAGNEHMERS für die LIEFERUNGEN.
AUFTRAGGEBER	der Vertragspartner des AUFTRAGNEHMERS im Hinblick auf den vorliegenden VERTRAG.
AUFTRAGNEHMER	die juristische Person oder Unternehmung, die ihren Sitz in Österreich hat und mit der GEA Group Aktiengesellschaft im Sinne von § 15 deutsches AktG verbunden ist und die Vertragspartner des AUFTRAGGEBERS im Hinblick auf den vorliegenden VERTRAG ist.
BASISDATUM	das Datum des ANGEBOTS DES AUFTRAGNEHMERS.
EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG	eine Genehmigung oder eine entsprechende förmliche Erlaubnis der zuständigen Behörden, die der AUFTRAGNEHMER gemäß den EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN einholen muss.
EIN- ODER AUSFUHRHINDERNIS	ein Fall, in dem gemäß den EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN ggf. eine EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG erforderlich ist und aus diesem Grunde zusätzliche Kosten oder Verzögerungen entstehen können, eine benötigte EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG nicht erteilt oder widerrufen wird und/oder die Durchführung des VERTRAGES für den AUFTRAGNEHMER nach den EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN, insbesondere aufgrund eines Embargos unmöglich oder unzumutbar ist oder wird.
EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN	alle anwendbaren nationalen und internationalen Gesetze, Vorschriften, Auflagen, Embargobestimmungen, Verwaltungsverfahren oder Resolutionen, durch die der AUSSENWIRTSCHAFTSVERKEHR ggf. untersagt oder beschränkt wird.
GESETZESÄNDERUNG	die Änderung oder der Erlass von Verordnungen, Richtlinien, Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Normen oder Standards oder deren neue oder andere Auslegung durch die rechtsetzende bzw. vollziehende Gewalt.
HÖHERE GEWALT	Kriegshandlungen oder Terrorakte, Aufruhr, Unruhen, Epidemien, Streiks, Feuer, Transportverzögerungen oder Verzögerungen bei der Zollabfertigung, Erdbeben, Überschwemmungen, Wirbelstürme, Taifune, Unwetter, sonstige Naturereignisse oder staatliche Maßnahmen oder sonstige jeweils nicht im Einflussbereich einer Partei liegende Umstände.

INCOTERMS	das unter der Bezeichnung Incoterms® von der Internationalen Handelskammer in Paris veröffentlichte Regelwerk zur Auslegung von Handelsklauseln in der am BASISDATUM geltenden Fassung. Begriffe und Formulierungen, die in den Bestimmungen einer anwendbaren INCOTERMS-Klausel definiert sind oder denen dort eine bestimmte Bedeutung zugewiesen ist, haben in den vorliegenden ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN dieselbe Bedeutung. Bei Widersprüchen zwischen den Bestimmungen der INCOTERMS-Klausel und den vorliegenden ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN gelten jedoch die vorliegenden ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN vorrangig.
INSTALLATIONSORT	der Ort, an dem die WAREN installiert werden sollen bzw. installiert sind.
KOSTEN	sämtliche dem AUFTRAGNEHMER entstandenen oder noch entstehenden Kosten und Aufwendungen, insbesondere Gemeinkosten, Versicherungs- und Finanzierungskosten und ähnliche Aufwendungen sowie entgangener Gewinn.
LEISTUNGSZUSAGEN	die vom AUFTRAGNEHMER im VERTRAG ausdrücklich schriftlich abgegebenen und als verbindlich kenntlich gemachten Erklärungen, dass die WAREN bestimmte Anforderungen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit erfüllen; sofern nicht im Vertrag ausdrücklich anderes vereinbart ist, gelten LEISTUNGSZUSAGEN als erfüllt, wenn die betreffende WARE durchschnittlich die bestimmten Anforderungen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit erfüllt.
LIEFERUNGEN	die nach dem VERTRAG ausdrücklich zum Leistungsumfang des AUFTRAGNEHMERS gehörenden WAREN (einschließlich Unterlagen) sowie ggf. SERVICES ebenfalls nebst jeweils zugehöriger Unterlagen.
BEISTELLUNGEN	alle für die LIEFERUNGEN relevanten und vom AUFTRAGGEBER zu erbringenden Leistungen (einschließlich Bauleistungen, Ausrüstung, Dokumentation und sonstiger Leistungen), die nicht ausdrücklich in den LIEFERUNGEN enthalten sind sowie sämtliche in den vorliegenden ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN oder nach dem VERTRAG dem Zuständigkeitsbereich des AUFTRAGGEBERS (oder dem AUFTRAGGEBER zuzurechnender Dritter) zugewiesenen Leistungen.
MANGEL/MÄNGEL	Sach- und Rechtsmängel (im Falle der Anwendbarkeit von Kauf-, Werk-, oder Werklieferungsvertragsrecht) sowie Nicht- und Schlechtleistungen (im Falle der Anwendbarkeit von Dienstvertragsrecht)
MONAT	ein Kalendermonat.
PRODUKTE	die auf den vom AUFTRAGNEHMER gelieferten Anlagen und Maschinen hergestellten bzw. herzustellenden Produkte.
PRÜFPROTOKOLL	hat die in Ziffer III.3.5 angegebene Bedeutung.
SERVICE(S)	alle vom AUFTRAGNEHMER am INSTALLATIONSORT zu erbringenden Leistungen, die vom AUFTRAGGEBER beauftragt werden (z.B. Montage, Wartungs- oder Umbauarbeiten, Inbetriebnahmen).
TAG	ein Kalendertag.
TERMINPLAN	der im VERTRAG angegebene Zeitplan für die Erbringung der LIEFERUNGEN.
VERTRAG	die zwischen dem AUFTRAGGEBER und dem AUFTRAGNEHMER geschlossene Vereinbarung über die Erbringung der LIEFERUNGEN durch den AUFTRAGNEHMER.
VERTRAGSPREIS	der im VERTRAG angegebene Preis für alle LIEFERUNGEN.
WAREN	die vom AUFTRAGNEHMER zu liefernden und im VERTRAG ausdrücklich aufgeführten Anlagen bzw. Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, Teile und Materialien sowie zugehörige Unterlagen.

II. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

1. Vertragsschluss

Die Angebote des AUFTRAGNEHMERS sind freibleibend und unverbindlich. Dies gilt auch, wenn der AUFTRAGNEHMER dem AUFTRAGGEBER Kataloge, technische Dokumentationen (wie Zeichnungen, Pläne, Kalkulationen, Verweise auf DIN-Normen) sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlässt. Die Bestellung durch den AUFTRAGGEBER gilt als verbindliches Vertragsangebot des AUFTRAGGEBERS; sie muss schriftlich oder in Textform erfolgen. Mehrere AUFTRAGGEBER haften für die Verbindlichkeiten der AUFTRAGGEBER zur ungeteilten Hand. Sind in der Bestellung oder einem Bestellschein mehrere AUFTRAGGEBER angegeben, haben aber nicht alle den die Bestellung oder den Bestellschein unterfertigt, so gilt die Bestellung bzw. der Bestellschein für die Unterfertigten vollinhaltlich (insofern die Unterfertigten nicht auch als Bevollmächtigte der Übrigen aufgetreten sind). Wird die Bestellung oder der Bestellschein von einer Person unterfertigt, die nicht als AUFTRAGGEBER angegeben ist, so haftet diese persönlich, falls die als AUFTRAGGEBER angegebene Person behauptet, der Unterfertigte habe ohne Auftrag (Vollmacht) gehandelt. Ein VERTRAG zwischen AUFTRAGNEHMER und AUFTRAGGEBER kommt ausschließlich mit der Auftragsbestätigung des AUFTRAGNEHMERS in Schriftform zustande.

2. Leistungsumfang

- 2.1 Der Leistungsumfang des AUFTRAGNEHMERS ergibt sich aus dem jeweiligen VERTRAG und ist auf die dort im Einzelnen explizit aufgeführten LIEFERUNGEN beschränkt, soweit sich nicht ausdrücklich aus dem VERTRAG anderes ergibt.
- 2.2 Vom AUFTRAGNEHMER durchzuführende Warenausgangskontrollen und -prüfungen müssen im VERTRAG ausdrücklich angegeben sein und sind auf den dort beschriebenen Umfang beschränkt. Sofern nichts Anderes angegeben ist, sind Warenausgangskontrollen und -prüfungen gemäß den Standard-Inspektionsverfahren des AUFTRAGNEHMERS durchzuführen. Warenausgangskontrollen und -prüfungen dienen allein der Qualitätssicherung. Der AUFTRAGNEHMER übernimmt damit unter keinen Umständen die Wareneingangskontrolle gemäß Ziffer III.2 für den AUFTRAGGEBER. Der AUFTRAGGEBER nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.
- 2.3 Der AUFTRAGNEHMER behält sich vor, Bestandteile der LIEFERUNGEN durch gleich- oder höherwertige Teile zu ersetzen, sofern die Eigenschaften der vereinbarten LIEFERUNGEN in ihrer Gesamtheit hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Die Beurteilung hierfür steht dem AUFTRAGNEHMER alleine zu.
- 2.4 Die WAREN erfüllen die vom AUFTRAGNEHMER abgegebenen LEISTUNGSZUSAGEN. Die in den Prospekten, Preislisten oder den zum Angebot gehörenden Unterlagen enthaltenen Angaben und Leistungsbeschreibungen des AUFTRAGNEHMERS stellen lediglich branchenübliche Näherungswerte dar, es sei denn, dass sie ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden. Bestimmte Produkteigenschaften werden damit weder zugesichert noch garantiert. Der AUFTRAGNEHMER gibt keine Garantien im Rechtssinne.
- 2.5 Die LIEFERUNGEN müssen den im VERTRAG ausdrücklich genannten und zum Zeitpunkt des BASISDATUMS bestehenden staatlichen Richtlinien, Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Normen und Standards entsprechen. Wenn nach dem BASISDATUM die LIEFERUNGEN und/oder die Mittel und Verfahren, mit denen der AUFTRAGNEHMER die Leistungen ausführt, von einer GESETZESÄNDERUNG betroffen sind, die der AUFTRAGNEHMER gemäß dieser GESETZESÄNDERUNG einzuhalten und umzusetzen hat und die im Zeitpunkt des VERTRAGSSCHLUSSES nicht vorhersehbar war, hat der AUFTRAGNEHMER Anspruch auf eine nach billigem Ermessen angemessene Anpassung des VERTRAGS. Soweit dies nicht in den LEISTUNGSZUSAGEN bestimmt ist, trägt der AUFTRAGNEHMER keine Verantwortung für die Einhaltung von Emissions-, Entsorgungs- oder sonstigen Umweltvorschriften und hat der AUFTRAGGEBER den AUFTRAGNEHMER diesbezüglich gegebenenfalls schad- und klaglos zu halten.

3. Mitwirkungspflichten des AUFTRAGGEBERS

- 3.1 Der AUFTRAGGEBER hat alle Mitwirkungspflichten rechtzeitig zu erfüllen, insbesondere die ihm obliegenden BEISTELLUNGEN zu erbringen, sodass der AUFTRAGNEHMER seine LIEFERUNGEN gemäß dem TERMINPLAN und ohne

Verzögerungen, Unterbrechungen, Beeinträchtigungen oder Behinderungen jeglicher Art beginnen, ausführen und fertigstellen kann. Diese Mitwirkungspflichten gelten als echte Rechtspflichten.

- 3.2 Falls die LIEFERUNGEN vom AUFTRAGNEHMER oder unter seiner Aufsicht in einem nicht vom AUFTRAGNEHMER gelieferten Gebäude oder sonstigen Bauwerk installiert werden sollen, müssen die Bauleistungen (einschließlich der Decken, Wände, Fundamente und dazugehörigen Planungen und Bauarbeiten) bis zu dem gemäß dem VERTRAG vereinbarten Zeitpunkt und in dem laut VERTRAG geforderten Zustand fertiggestellt sein.
- 3.3 Sofern die WAREN über eine Schnittstelle mit anderer Ausrüstung des AUFTRAGGEBERS oder der Ausrüstung von anderen Auftragnehmern des AUFTRAGGEBERS verbunden werden müssen, ist der AUFTRAGGEBER für die Bereitstellung dieser Schnittstelle, einschließlich ihrer Abmessungen und ihrer Kompatibilität, verantwortlich.
- 3.4 Wenn der AUFTRAGNEHMER dem AUFTRAGGEBER Dokumente zur Genehmigung vorlegt, sind diese unverzüglich zu bearbeiten und an den AUFTRAGNEHMER zurückzugeben, spätestens jedoch innerhalb von 7 TAGEN nach Vorlage. Jeder Verzug des AUFTRAGGEBERS verlängert den TERMINPLAN entsprechend. Der AUFTRAGGEBER darf die Genehmigung nur verweigern, wenn und soweit er nachweisen kann, dass das betreffende Dokument den Anforderungen des VERTRAGES widerspricht.
- 3.5 Für SERVICES, hat der AUFTRAGGEBER sicherzustellen, dass der AUFTRAGNEHMER sicheren und geeigneten Zugang zum INSTALLATIONSORT hat, wann immer er diesen benötigt. Bei der Terminierung wird der AUFTRAGNEHMER auf die Interessen des AUFTRAGGEBERS angemessen Rücksicht nehmen.
- 3.6 Der AUFTRAGGEBER ist dafür verantwortlich, (i) sämtliche Erlaubnisse, Zustimmungen und Genehmigungen im Zusammenhang mit dem INSTALLATIONSORT und mit dem Eigentum an den WAREN und der dazugehörigen Ausrüstung sowie den dazugehörigen Anlagen, Einrichtungen oder Hilfsmitteln und mit deren Montage, Prüfung, Inbetriebnahme, Betrieb und Wartung und für die Erbringung des SERVICE und sonstiger DIENSTLEISTUNGEN zu beschaffen; (ii) den INSTALLATIONSORT in einem betriebssicheren Zustand zu halten und die Arbeitssicherheit für sämtliches Personal am INSTALLATIONSORT jederzeit sicherzustellen, jederzeit für sicheren Zugang zu den LIEFERUNGEN zu sorgen, alle Tätigkeiten am INSTALLATIONSORT sicher und gemäß den geltenden Richtlinien, Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Normen und gemäß den vom AUFTRAGNEHMER gelieferten Betriebs- und Wartungshandbüchern sowie Anweisungsblättern auszuführen; (iii) dass keine im Rahmen der LIEFERUNGEN gelieferten Sicherheitsvorrichtungen, Schutzeinrichtungen oder Warnschilder entfernt oder verändert werden. Der AUFTRAGGEBER stellt den AUFTRAGNEHMER im Falle einer schuldhaften Verletzung der vorgenannten Pflichten von einer Inanspruchnahme Dritter sowie von allen mit der Inanspruchnahme in Zusammenhang stehenden Kosten und Aufwendungen frei und hält ihn diesbezüglich schad- und klaglos.

4. SERVICES:

- 4.1 Damit der AUFTRAGNEHMER den SERVICE erbringen kann, hat der AUFTRAGGEBER, soweit nicht im VERTRAG anders vereinbart, sämtliche BEISTELLUNGEN zu erbringen. Hierzu gehören jedenfalls u.a.:
 - (a) Einsatz- und sonstige Rohstoffe für die Herstellung von PRODUKTEN(EN) auf den vertragsgegenständlichen Anlagen bzw. Maschinen sowie Betriebs- und Verbrauchsstoffe, jeweils entsprechend den im VERTRAG vorgegebenen Anforderungen;
 - (b) Kommunikationsverbindungen;
 - (c) geschulte und qualifizierte Arbeiter, Bedienkräfte und sonstiges vom AUFTRAGNEHMER benötigtes Fremdpersonal;
 - (d) sichere und zuverlässige Ausrüstung zur Verwendung beim Transport der WAREN am INSTALLATIONSORT, insbesondere Kräne und sonstige Hebezeuge und Transportmittel (die von Personal des AUFTRAGGEBERS zu bedienen und zu warten sind);
 - (e) einen sicheren, verschließbaren, trockenen Raum zur Aufbewahrung von Werkzeugen und kleinen Maschinenteilen;
 - (f) eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung sowie gegebenenfalls erforderliche Schutzeinrichtungen und -kleidung;
 - (g) ausreichende Beleuchtung;

- (h) Beheizung oder Kühlung der Gebäude am INSTALLATIONSORT, um angemessene klimatische Bedingungen und die für die Erbringung der Leistungen erforderlichen Umgebungsbedingungen zu schaffen;
- (i) Büroflächen und -ausstattung sowie Sozial-, Ess-, Umkleide- und Waschgelegenheiten;
- (j) alle Zeichnungen oder Informationen, die der AUFTRAGNEHMER ggf. für die Erbringung der Leistungen benötigt und die nicht im vertraglich vereinbarten Umfang der LIEFERUNGEN enthalten sind;
- (k) für die Inbetriebnahme der WAREN erforderliche Spezialwerkzeuge; und/oder
- (l) Analysen von Einsatz- und Betriebsstoffen sowie PRODUKTEN gemäß den Anforderungen des AUFTRAGNEHMERS.

4.2 Der AUFTRAGNEHMER haftet in keinem Fall für Handlungen und/oder Unterlassungen anderer Auftragnehmer oder sonstiger Personen, die vom AUFTRAGGEBER beauftragt, bereitgestellt oder zur Verfügung gestellt werden, oder für von diesen erbrachte Leistungen oder von diesen gelieferte Ausrüstung. Der AUFTRAGNEHMER haftet auch nicht für deren Bezahlung, deren Sicherheit, die Bereitstellung von Sicherheitsausrüstung oder sicheren Arbeitsmitteln, oder für deren Arbeit, Produktivität oder Arbeitsausführung. Der AUFTRAGGEBER wird den AUFTRAGNEHMER von allen sich in irgendeiner Weise aus Handlungen oder Unterlassungen solcher Personen oder Auftragnehmer ergebenden Ansprüchen Dritter sowie damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen freistellen und/oder auf Anforderung des AUFTRAGNEHMERS diesen dagegen verteidigen, wenn und soweit den AUFTRAGGEBER ein Verschulden trifft.

5. TERMINPLAN, Verzögerungen, Verzug

5.1 Die Parteien können im VERTRAG einen Zeitplan für die Erbringung der LIEFERUNGEN und für einzelne Arbeitsschritte vereinbaren („TERMINPLAN“).

5.2 Im Falle (i) einer berechtigten Aussetzung der Erbringung von LIEFERUNGEN; (ii) Verzögerungen, Störungen, Beeinträchtigungen oder Behinderungen des AUFTRAGNEHMERS, die der Sphäre des AUFTRAGGEBERS zuzurechnen sind, hat der AUFTRAGNEHMER Anspruch auf eine angemessene Anpassung des TERMINPLANS für entstandene Verzögerungen. Sofern die Verzögerungen vom AUFTRAGGEBER zu vertreten sind, hat der AUFTRAGNEHMER unter den Voraussetzungen des §§ 918, 921 ABGB Anspruch auf Erstattung aller ihm aus der Verzögerung folgenden Schäden, insbesondere auf Erstattung zusätzlicher KOSTEN. Daneben bleiben die weiteren gesetzlichen Ansprüche des AUFTRAGNEHMERS unberührt.

5.3 Wenn der AUFTRAGNEHMER aus von ihm verschuldeten Gründen mit den LIEFERUNGEN in Verzug ist, hat der AUFTRAGGEBER Anspruch auf pauschalierten Schadenersatz in Höhe von 0,5 % des auf den Wert der von dem Verzug betroffenen LIEFERUNGEN entfallenden Teils des VERTRAGSPREISES (netto) pro vollendeter Woche des Verzugs bis zu einem pauschalierten Gesamt-Schadenersatz für Verzug in Höhe von maximal 5 % des VERTRAGSPREISES. Eine schriftliche Mahnung des AUFTRAGGEBERS ist in jedem Fall erforderlich. Der AUFTRAGNEHMER bleibt berechtigt nachzuweisen, dass dem AUFTRAGGEBER kein oder ein geringerer Schaden entstanden ist. Diesfalls ist der pauschalierte Schadenersatz auf die tatsächliche, nachgewiesene Schadenshöhe zu mindern. Bei einem Mitverschulden des AUFTRAGGEBERS reduziert sich die Pauschale (bzw die tatsächliche, nachgewiesene zu ersetzende Schadenshöhe) entsprechend dem Mitverschuldensanteil. Dieser pauschalierte Schadenersatz fällt nicht an, wenn der AUFTRAGNEHMER nur unwesentliche Teile der LIEFERUNGEN nicht erbracht hat, durch die die vollständige Erbringung der LIEFERUNGEN nicht verzögert wird, oder wenn dem AUFTRAGGEBER dadurch keine Schäden entstanden sind. Mit Zahlung des pauschalierten Schadenersatzes gelten sämtliche weitergehenden Schadenersatzansprüche des AUFTRAGGEBERS aus oder im Zusammenhang mit dem Verzug als vollständig und vollumfänglich abgegolten. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht in Fällen der Ziffern II.7.1 und II.7.3. Die gesetzlichen Rechte des AUFTRAGNEHMERS, insbesondere bei einem Ausschluss der Leistungspflicht, bleiben unberührt.

6. Rücktritt, Kündigung

Eine Partei kann von dem VERTRAG außergerichtlich zurücktreten bzw. der VERTRAG kann von einer Partei schriftlich gegenüber der anderen Partei schriftlich außergerichtlich gekündigt werden, wenn (i) eine Partei aufgrund einer Bestimmung der vorliegenden ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN zum Rücktritt bzw. zur Kündigung des vorliegenden VERTRAGS berechtigt ist, oder auch wenn (ii) die jeweils andere Partei eine wesentliche Vertragspflicht nicht erfüllt und innerhalb von 30 TAGEN nach Zugang einer diesbezüglichen schriftlichen Aufforderung die Vertragspflicht immer noch nicht erfüllt hat. Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in

einem verschuldeten Mangel besteht, kann der AUFTRAGGEBER nur dann zurücktreten oder kündigen, wenn der AUFTRAGNEHMER die Pflichtverletzung zu vertreten hat. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

7. Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse

- 7.1 Die Haftung des AUFTRAGNEHMERS ist auf Fälle der nachweislichen vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzungen des AUFTRAGNEHMERS, seiner gesetzlicher Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beschränkt.
- 7.2 Der AUFTRAGGEBER ist verpflichtet, den AUFTRAGNEHMER vor dem Vertragsabschluss auf sämtliche außergewöhnlichen (Schadens-)Risiken hinzuweisen, denen er im Zusammenhang mit dem VERTRAG ausgesetzt ist, wie zum Beispiel Lieferfristen, die er seinen Vertragspartnern gegenüber einzuhalten hat oder sonstige unvorhersehbare Haftungsrisiken. Eine Verletzung dieser Rechtspflicht stellt überdies auch einen Fall des Mitverschuldens des AUFTRAGGEBERS dar.
- 7.3 Die Haftung des AUFTRAGNEHMERS wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen, sowie im Falle von Arglist, Vorsatz oder einer ausdrücklichen Garantieübernahme sowie einer gesetzlich zwingend vorgeschriebenen verschuldensunabhängigen Haftung (z.B. nach dem Produkthaftungsgesetz (PHG)) bleiben unberührt.
- 7.4 Im Übrigen ist jede Haftung des AUFTRAGNEHMERS vollumfänglich ausgeschlossen. Insbesondere ist auch jede Haftung für entgangenen Gewinn und Anlagenstillstand, Produktionsverlust, vertragliche Ansprüche Dritter sowie Folgeschäden ausgeschlossen.
- 7.5 Die vorstehenden Haftungsbestimmungen gelten auch für außervertragliche Ansprüche gegenüber dem AUFTRAGNEHMER, seinen Organen, gesetzlichen Vertretern, Angestellten und Mitarbeitern.
- 7.6 Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse gelten auch für Ansprüche wegen Mangelschäden und Mangelfolgeschäden.

8. Preise, Zahlungsbedingungen, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte

- 8.1 Sofern im VERTRAG nicht ausdrücklich etwas Anderes geregelt ist, hat der AUFTRAGGEBER den VERTRAGSPREIS wie folgt zu zahlen:
- 8.1.1. Bei einem VERTRAG mit Lieferung von Maschinen oder Anlagen: 30 % Anzahlung, 30 % bei Lieferbereitschaft und vor Lieferung, 30 % bei Inbetriebnahme der Waren, spätestens jedoch 4 Wochen nach Lieferbereitschaft und 10 % bei Abnahme, spätestens jedoch 6 Wochen nach Lieferbereitschaft.
- 8.1.2: Bei einem VERTRAG für Dienstleistungen mit oder ohne Ersatzteillieferungen und bei reinen Warenlieferungen:
- Auftragswerte unter 80.000,00 EURO: 100 % nach Leistungserbringung,
 - ab Auftragswert 80.000,00 EURO oder mehr: 50 % Anzahlung bei Beginn des Vertrags und 50 % nach Leistungserbringung.
- 8.2 Alle Zahlungen sind per elektronischer Überweisung ohne Abzug zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese anfällt, in Euro innerhalb von 14 TAGEN ab dem Datum der entsprechenden Rechnung des AUFTRAGNEHMERS zu leisten (§ 907a Abs 2 ABGB ist anwendbar).
- 8.3 Der AUFTRAGNEHMER ist nicht verpflichtet, mit der Herstellung von WARE zu beginnen, bis die erste Rate des VERTRAGSPREISES gemäß Ziffer II.8.1 beim AUFTRAGNEHMER werthaltig eingegangen ist.
- 8.4 Wenn eine Zahlung nicht bis zu dem dafür geltenden Zahlungstermin werthaltig eingeht, steht dem AUFTRAGNEHMER ein Anspruch auf Zinsen in Höhe von neun (9) Prozentpunkten über dem Basiszinssatz auf den fälligen Betrag zu. Darüber hinaus hat der AUFTRAGNEHMER nach vorheriger schriftlicher Ankündigung mit einer Frist von 7 TAGEN das Recht, die Leistungserbringung gemäß TERMINPLAN insgesamt oder teilweise auszusetzen,

bis die Zahlung und die darauf angefallenen Zinsen in voller Höhe bei ihm eingegangen sind. Letzteres gilt nicht für geringfügige Zahlungsrückstände des Auftraggebers. Der TERMINPLAN wird diesfalls entsprechend angepasst.

- 8.5 Sofern die fällige Zahlung auch nach schriftlicher Zahlungsaufforderung unter Fristsetzung durch den AUFTRAGNEHMER nicht innerhalb der Frist in voller Höhe beim AUFTRAGNEHMER eingegangen ist, ist der AUFTRAGNEHMER unabhängig davon, ob der AUFTRAGNEHMER mit der Erbringung eines Teils der LIEFERUNGEN begonnen und/oder die Erbringung seiner LIEFERUNGEN ausgesetzt hat, berechtigt, vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten bzw. diesen zu kündigen.
- 8.6 Der AUFTRAGGEBER hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.
- 8.7 Sollte der AUFTRAGNEHMER von Umständen Kenntnis erlangen, die nach Abgabe des ANGBOTS des AUFTRAGNEHMERS und/oder nach Abschluss des VERTRAGES eingetreten sind oder bereits davor ohne Kenntnis des AUFTRAGNEHMERS bestanden und die die Zahlungsansprüche des AUFTRAGNEHMERS gefährden könnten, insbesondere bei einer wesentlichen Verschlechterung der finanziellen Situation des AUFTRAGGEBERS, kann der AUFTRAGNEHMER vom AUFTRAGGEBER Sicherheiten in ausreichender Höhe verlangen oder jeweils Vorauszahlung in voller Höhe fordern.

9. Steuern

- 9.1 Der VERTRAGSPREIS und alle sonstigen an den AUFTRAGNEHMER zu zahlenden Beträge verstehen sich ohne Abgaben und ohne Steuern (insbesondere ohne Umsatz-, Verkaufs-, Verbrauchs-, Unternehmens-, Verkehrs- oder Quellensteuern), Veranlagungen oder Gebühren welcher Art auch immer; diese hat – mit Ausnahme von Steuern oder Gebühren, die auf die Gewinne des AUFTRAGNEHMERS festgesetzt werden oder die gemäß der für die Erbringung der LIEFERUNGEN geltenden INCOTERMS-Klausel vom AUFTRAGNEHMER zu tragen sind – der AUFTRAGGEBER zusätzlich allein zu tragen.
- 9.2 Wenn dem AUFTRAGNEHMER im Zusammenhang mit LIEFERUNGEN und/oder mit dem VERTRAG selbst von Behörden des Landes, in dem die LIEFERUNGEN installiert oder erbracht werden sollen, Abgaben, Steuern, Veranlagungen oder Gebühren auferlegt werden, hat der AUFTRAGGEBER dem AUFTRAGNEHMER alle diesbezüglichen Beträge gegen Nachweis zu erstatten.
- 9.3 Wenn der AUFTRAGGEBER nach den anwendbaren Gesetzen oder sonstigen anwendbaren Rechtsvorschriften dazu verpflichtet ist, von an den AUFTRAGNEHMER zu leistenden Zahlungen Abzüge für solche Abgaben, Steuern, Veranlagungen oder Gebühren vorzunehmen, hat der AUFTRAGGEBER den Betrag seiner Zahlung so weit zu erhöhen, dass der beim AUFTRAGNEHMER eingehende Nettobetrag dem VERTRAGSPREIS ohne solche Abzüge entspricht.

10. Eigentumsvorbehalt

- 10.1 Die WAREN (in der weiteren Folge auch: "Vorbehaltswaren") bleiben bis zur vollständigen Begleichung des VERTRAGSPREISES Eigentum des AUFTRAGNEHMERS.
- 10.2 Diese Vorbehaltswaren dürfen nur im Rahmen eines ordnungsgemäßen Geschäftsgangs veräußert und verwendet werden. Diese Berechtigung erlischt bei Zahlungseinstellung durch den AUFTRAGGEBER. Dem AUFTRAGGEBER ist es nicht gestattet, Vorbehaltsware zu verpfänden oder zur Sicherheit zu übereignen. Er ist verpflichtet, die Rechte des AUFTRAGNEHMERS beim kreditierten Weiterverkauf der Vorbehaltsware zu wahren. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Maßnahmen durch Dritte ist der AUFTRAGNEHMER unverzüglich zu benachrichtigen.
- 10.3 Der AUFTRAGGEBER tritt schon jetzt alle Forderungen an den AUFTRAGNEHMER ab, die ihm aus dem Weiterverkauf gegen seine Abnehmer erwachsen sowie diejenigen Forderungen des AUFTRAGGEBERS bezüglich der Vorbehaltsware, die aus einem sonstigen Rechtsgrund gegen seine Abnehmer oder Dritte entstehen (insbesondere Forderungen aus unerlaubter Handlung und Ansprüche auf Versicherungsleistungen). Diese Abtretung nimmt der AUFTRAGNEHMER hiermit an. Der AUFTRAGGEBER bleibt jedoch bis auf Widerruf zur Einziehung der Forderungen auf

eigene Kosten ermächtigt. Das Recht des AUFTRAGNEHMERS, diese Forderungen selbst einzuziehen, wird dadurch nicht berührt; allerdings wird dieser die Forderungen nicht selbst geltend machen und die Einzugsermächtigung nicht widerrufen, solange der AUFTRAGGEBER seinen Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt. Sofern sich der AUFTRAGGEBER vertragswidrig verhält – insbesondere sofern er mit Zahlungen in Verzug kommt –, kann der AUFTRAGNEHMER vom AUFTRAGGEBER verlangen, dass dieser die abgetretenen Forderungen und die jeweiligen Schuldner unverzüglich bekannt gibt, den jeweiligen Schuldnern die Abtretung mitteilt und dem AUFTRAGNEHMER alle Unterlagen aushändigt sowie alle Angaben macht, die dieser zur Geltendmachung der Forderungen benötigt.

- 10.4 Werden die WAREN zusammen mit einer anderen Ware, die dem AUFTRAGNEHMER nicht gehört, weiterverkauft, so gilt die Forderung des AUFTRAGGEBERS gegen seine Abnehmer in Höhe des zwischen dem AUFTRAGNEHMER und dem AUFTRAGGEBER vereinbarten VERTRAGSPREISES als abgetreten.
- 10.5 Der AUFTRAGNEHMER verpflichtet sich, auf Verlangen des AUFTRAGGEBERS die ihm zustehenden Sicherheiten insoweit freizugeben, als deren Wert 110 % der zu sichernden Forderungen übersteigt.
- 10.6 Der AUFTRAGGEBER ist verpflichtet, die Vorbehaltsware für die Zeit nach dem Gefahrübergang gegen die Gefahr des Unterganges, des Verlustes oder der Beschädigung, insbesondere durch Feuer, Wasser und Diebstahl sowie auf dem Transportwege, angemessen und nachweislich zu versichern. Bei Verlust, Untergang oder Beschädigung der Vorbehaltsware hat der AUFTRAGGEBER den AUFTRAGNEHMER unverzüglich zu informieren und ihm auf Verlangen sämtliche die Vorbehaltsware betreffende Schadensunterlagen, insbesondere Schadensgutachten, zur Verfügung zu stellen, bestehende Versicherungen bekannt zu geben und dem AUFTRAGNEHMER nach seiner Wahl entweder die Versicherungspolize oder aber einen vom Versicherer für die Vorbehaltswaren ausgestellten Sicherungsschein zur Verfügung zu stellen. Aufschiebend bedingt auf den Zeitpunkt des Unterganges, des Verlustes oder der Beschädigung des Liefergegenstandes tritt der AUFTRAGGEBER dadurch entstehende Versicherungsansprüche sowie etwaige Ansprüche gegen Schädiger in Höhe des Rechnungswertes der betroffenen Vorbehaltsware an den AUFTRAGNEHMER als Ersatz für die betroffene Vorbehaltsware ab.
- 10.7 Die Verarbeitung, Vereinigung oder Umbildung von Vorbehaltsware wird durch den AUFTRAGGEBER stets für den AUFTRAGNEHMER vorgenommen und ist nach Verarbeitung, Vereinigung oder Umbildung der AUFTRAGNEHMER Alleinvorbehaltseigentümer der Vorbehaltsware. §§ 414 ABGB sind sohin insoweit abgedungen. Bei Verarbeitung, Vereinigung, Umbildung oder Verbindung mit anderen, dem AUFTRAGNEHMER nicht gehörenden Waren durch den AUFTRAGGEBER steht dem AUFTRAGNEHMER das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Rechnungswertes der verarbeiteten Vorbehaltsware zum Rechnungswert der anderen verarbeiteten Ware zu. Der AUFTRAGGEBER verwahrt die neue Sache, an der Allein- oder Miteigentum entstanden ist, für den AUFTRAGNEHMER. Erfolgt die Verarbeitung, Vereinigung, Umbildung oder Verbindung in der Weise, dass eine Sache des AUFTRAGGEBERS als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der AUFTRAGGEBER dem AUFTRAGNEHMER anteilig in dem vorstehenden Umfang Miteigentum überträgt und die Sache für den AUFTRAGNEHMER verwahrt.

Für die durch Verarbeitung, Vereinigung, Umbildung oder Verbindung entstehenden Sachen, an denen der AUFTRAGNEHMER Allein- oder Miteigentum erwirbt, gelten im Übrigen die Regelungen für Vorbehaltsware gemäß dieser Ziffer 10 sinngemäß.

11. Vertraulichkeit

- 11.1 Der AUFTRAGGEBER hat alle Informationen, Zeichnungen und Daten jeglicher Art, die ihm vom AUFTRAGNEHMER im Rahmen des jeweiligen VERTRAGS in mündlicher, elektronischer oder schriftlicher Form, visuell (z. B. durch Ortsbegehungen, Prüfungen oder Audits) oder auf sonstige Weise zur Verfügung gestellt oder geliefert werden, unabhängig davon, ob sie als „vertraulich“ gekennzeichnet sind oder nicht (im Folgenden auch „VERTRAULICHE INFORMATIONEN“ genannt), streng vertraulich zu behandeln und nur für Zwecke des jeweiligen VERTRAGS zu verwenden. Der AUFTRAGGEBER darf VERTRAULICHE INFORMATIONEN oder diesbezügliche Einzelheiten nicht ohne die vorherige ausdrückliche schriftliche Zustimmung des AUFTRAGNEHMERS weitergeben oder veröffentlichen. Dies gilt nicht, wenn der AUFTRAGGEBER zur Weitergabe oder Veröffentlichung VERTRAULICHER INFORMATIONEN gesetzlich verpflichtet ist, hierüber wird er den AUFTRAGNEHMER mit angemessener Frist schriftlich informieren. Die Weitergabe an Organe und Mitarbeiter sowie Subunternehmer und andere Erfüllungsgehilfen des AUFTRAGGEBERS ist zulässig, soweit dies zur Durchführung des VERTRAGS unvermeidlicherweise erforderlich ist und die betreffenden

Personen ihrerseits vor Weitergabe schriftlich und nachweislich zur Vertraulichkeit entsprechend der Bestimmungen dieser Ziffer 11 verpflichtet werden.

- 11.2 Die vorstehenden Verpflichtungen gelten für unbestimmte Zeit, wenn nicht die Parteien ausdrücklich eine hiervon abweichende schriftliche Vereinbarung treffen.

12. Geistiges Eigentum

- 12.1 Soweit immaterialgüterrechtliche Schutzrechte (z.B. Urheberrechte, Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte, Markenrechte, Musterrechte etc.) des AUFTRAGNEHMERS an WAREN, Dokumenten, Mustern, Kostenvoranschlägen, Zeichnungen oder sonstigen Informationen, die im Rahmen des VERTRAGES (durch Inaugenscheinnahme oder auf sonstige Weise) an den AUFTRAGGEBER übergeben oder ihm zur Verfügung gestellt werden, oder die bei LIEFERUNGEN verwendet wurden oder darin enthalten sind, bestehen, stehen diese weiterhin allein dem AUFTRAGNEHMER zu. Der AUFTRAGGEBER ist insoweit zur Nutzung dieser Rechte befugt, als dies zur bestimmungsgemäßen Nutzung der LIEFERUNGEN notwendigerweise erforderlich ist.

Der AUFTRAGNEHMER ist in keinem Falle verpflichtet, Werkstattzeichnungen oder Kalkulationen offen zu legen.

- 12.2 Der AUFTRAGGEBER stellt den AUFTRAGNEHMER von einer Inanspruchnahme Dritter wegen der Verletzung gewerblicher Schutzrechte frei und hält diesen vollkommen schad- und klaglos, wenn der Anspruch auf Folgendem basiert oder Folgendes betrifft und der AUFTRAGGEBER dies zu vertreten hat: (i) das Zusammenschalten bzw. Kombinieren oder die Verwendung der WAREN mit nicht vom AUFTRAGNEHMER gelieferten Ausrüstungsgegenständen, Diensten, Systemen oder Software-Produkten; (ii) Spezifikationen, einschließlich Designs und Anweisungen, des AUFTRAGGEBERS oder von Dritten in dessen Namen; (iii) ohne die schriftliche Zustimmung des AUFTRAGNEHMERS an den LIEFERUNGEN vorgenommene Änderungen; (iv) Ansprüche aus Prozess- oder Verfahrenspatenten inklusive Nebenprodukte; (v) die Verwendung der LIEFERUNGEN in einem Verfahren des AUFTRAGGEBERS; dies schließt auch damit hergestellte oder verarbeitete Erzeugnisse mit ein; oder (vi) Patente, die dem AUFTRAGGEBER zustehen oder die dieser erworben hat. Der AUFTRAGGEBER stellt den AUFTRAGNEHMER in diesem Fall des Weiteren von allen mit der Inanspruchnahme in Zusammenhang stehenden Kosten und Aufwendungen frei.

13. Höhere Gewalt und Exportkontrolle

- 13.1 Wenn sich die Erfüllung der Pflichten einer Partei aus dem VERTRAG aufgrund HÖHERER GEWALT verzögert oder sie durch HÖHERE GEWALT dabei gestört, darin beeinträchtigt oder dabei behindert wird, wird die betreffende Partei für den Zeitraum der Verzögerung von der Erfüllung dieser vertraglichen Pflichten entbunden. Den Eintritt eines Ereignisses HÖHERER GEWALT hat die betroffene Partei unverzüglich nach Kenntnis schriftlich anzuzeigen. Der TERMINPLAN wird entsprechend angepasst. Wenn solche durch HÖHERE GEWALT verursachten Verzögerungen insgesamt 3 MONATE übersteigen, ist jede der Parteien zum Rücktritt vom VERTRAG hinsichtlich des noch nicht erbrachten Teils der Leistungen bzw. zur Kündigung des VERTRAGES mit sofortiger Wirkung außergerichtlich in Schriftform berechtigt. Im Falle eines Rücktritts bzw. einer Kündigung hat der AUFTRAGNEHMER Anspruch auf die vereinbarte Vergütung für alle bis dahin erbrachten LIEFERUNGEN und / oder für alle versandbereiten LIEFERUNGEN (wobei die vereinbarte Vergütung Zug um Zug gegen die versandbereiten LIEFERUNGEN zu leisten ist).

- 13.2 Der AUFTRAGGEBER erkennt an, dass die LIEFERUNGEN möglicherweise oder tatsächlich EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN unterliegen, was zu einem EIN- ODER AUSFUHRHINDERNIS führen kann. Im Falle eines EIN- ODER AUSFUHRHINDERNISSES hat der AUFTRAGNEHMER gegen den AUFTRAGGEBER Anspruch auf Erstattung aller Mehrkosten und Mehraufwendungen, die erforderlich sind, damit der AUFTRAGNEHMER seine Pflichten aus dem VERTRAG erfüllen kann, einschließlich der KOSTEN und Aufwendungen für die Erlangung einer EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG. Der AUFTRAGGEBER verpflichtet sich, dem AUFTRAGNEHMER unverzüglich alle erforderlichen Informationen zu überlassen, um die er ggf. zur Einholung einer EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG gebeten wird, wie z. B. Endverwendererklärungen. Der AUFTRAGNEHMER hat den AUFTRAGGEBER über wesentliche Verzögerungen bei der Beschaffung einer EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG, den Widerruf einer EIN- ODER AUSFUHRGENEHMIGUNG oder eine eventuelle Untersagung der Vertragsdurchführung unverzüglich zu informieren.

- 13.3 Wenn dem AUFTRAGNEHMER aufgrund eines EIN- ODER AUSFUHRHINDERNISSES die Erfüllung einer oder mehrerer seiner vertraglichen Pflichten unmöglich ist oder wird, wird der AUFTRAGNEHMER mit sofortiger Wirkung von der Erfüllung seiner Pflichten aus dem VERTRAG entbunden. Dies gilt insbesondere auch in dem Fall, dass der AUFTRAGNEHMER möglicherweise dadurch an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten gehindert ist, dass Lieferanten oder Subunternehmer des AUFTRAGNEHMERS durch ein EIN- ODER AUSFUHRHINDERNIS insgesamt oder teilweise an der Lieferung oder Leistung gehindert sind. In jedem Fall haftet der AUFTRAGNEHMER dem AUFTRAGGEBER nicht für mit einem EIN- ODER AUSFUHRHINDERNIS zusammenhängende Ansprüche wegen Verzögerungen, Verlusten oder Schäden, es sei denn, der AUFTRAGNEHMER hätte das EIN- ODER AUSFUHRHINDERNIS nachweislich grob fahrlässig oder vorsätzlich zu vertreten.
- 13.4 Im Falle der Unmöglichkeit der ganzen oder teilweisen Vertragserfüllung gemäß vorstehender Ziffer II.13.3 ist jede der Parteien dazu berechtigt, den VERTRAG mit einer Frist von einer Woche schriftlich zu kündigen bzw. hinsichtlich des noch nicht erbrachten Teils der LIEFERUNGEN mit derselben Frist zurückzutreten. Im Falle einer solchen Kündigung oder eines solchen Rücktritts hat der AUFTRAGNEHMER Anspruch auf die vereinbarte Vergütung für alle bis dahin erbrachten LIEFERUNGEN. Hat der AUFTRAGGEBER diese Unmöglichkeit zu vertreten, so hat der AUFTRAGNEHMER gegen den AUFTRAGGEBER zudem Anspruch auf Erstattung aller KOSTEN und Aufwendungen für alle unfertigen Erzeugnisse oder Leistungen, einschließlich aller Kosten und Aufwendungen, die der AUFTRAGNEHMER gegenüber Lieferanten oder Subunternehmern zu tragen bzw. bereits getragen hat.
- 13.5 Der AUFTRAGGEBER ist seinerseits verpflichtet, sämtliche EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN in Bezug auf die LIEFERUNGEN einzuhalten und den AUFTRAGNEHMER von allen aus einer schuldhaften Verletzung der EXPORTKONTROLLVORSCHRIFTEN resultierenden Ansprüchen, Verfahren, Klagen, Geldstrafen, KOSTEN, Verlusten und Schäden freizustellen und dagegen schad- und klaglos zu halten.
- 14. Sonstiges, Rechtswahl, Gerichtsstand.**
- 14.1 Änderungen oder Ergänzungen des VERTRAGS bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Ziffer II.14.1.
- 14.2 Wenn eine Bestimmung des VERTRAGES für undurchführbar, nichtig oder unwirksam befunden wird, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die Parteien sind in diesem Fall verpflichtet, eine entsprechende Regelung zu treffen, die die undurchführbare, nichtige oder unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzt, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Zweck so nahe wie möglich kommt.
- 14.3 Der VERTRAG enthält die gesamte zwischen dem AUFTRAGNEHMER und dem AUFTRAGGEBER zum Gegenstand des VERTRAGES (einschließlich der LIEFERUNGEN) getroffene Vereinbarung und ersetzt alle früheren Vereinbarungen oder Absprachen zwischen den Parteien hierzu. Soweit im VERTRAG nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, werden alle bis zum Datum des VERTRAGES abgegebenen mündlichen Zusicherungen, Gewährleistungen, Verpflichtungserklärungen und sonstigen Erklärungen jeglicher Art und alle bis zu diesem Zeitpunkt verfassten oder ausgetauschten Dokumente (insbesondere alle Broschüren oder Verkaufsmaterialien des AUFTRAGNEHMERS) hiermit vom AUFTRAGNEHMER ausdrücklich ausgeschlossen. Der AUFTRAGGEBER bestätigt ausdrücklich, dass er den VERTRAG nicht im Vertrauen auf solche Zusicherungen, Gewährleistungen, Verpflichtungserklärungen, Erklärungen oder Dokumente abgeschlossen hat bzw. abschließt.
- 14.4 Rechte und Pflichten aus dem VERTRAG dürfen von keiner Partei ohne die schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei abgetreten werden. Zu reinen Finanzierungszwecken sind beide Parteien jedoch berechtigt Geldforderungen aus dem VERTRAG abzutreten.
- 14.5 Für sämtliche Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN sowie mit dem VERTRAG ist Wien Innere Stadt, Österreich ausschließlicher Gerichtsstand. Der AUFTRAGNEHMER hat zudem das Recht, den AUFTRAGGEBER auch vor jedem anderen zuständigen Gericht zu verklagen. Ungeachtet dessen werden sich die Geschäftsleitungen der Parteien jederzeit um eine einvernehmliche Beilegung des Rechtsstreits bemühen.

- 14.6 Diese ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN und der VERTRAG unterliegen dem Recht der Republik Österreich unter Ausschluss seiner kollisionsrechtlichen Bestimmungen. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) findet keine Anwendung.

15. Datenschutz

Der AUFTRAGGEBER erklärt sich damit einverstanden, dass der AUFTRAGNEHMER personenbezogene Daten und andere vom AUFTRAGGEBER im Verlauf seiner Geschäftsbeziehung zum AUFTRAGNEHMER offengelegte Daten zu folgenden Zwecken erhebt, verarbeitet und verwendet: (1) zur Abwicklung und Durchführung des VERTRAGES mit dem AUFTRAGGEBER (dies schließt die Erstellung und Bearbeitung von Rechnungen mit ein), (2) um weitere Güter und Dienstleistungen gegenüber dem AUFTRAGGEBER zu bewerben und/oder ihm diese anzubieten und/oder (3) zur Abwicklung seiner Geschäftsbeziehung mit dem AUFTRAGGEBER, z. B. mit Hilfe eines CRM-Systems. Bei diesen Daten kann es sich beispielsweise um folgende Arten von Daten von beim AUFTRAGGEBER angestellten oder von ihm beauftragten Personen handeln: Name, Titel, Firma, Position innerhalb der Firma, dienstliche Kontaktangaben (Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse, Postanschrift), Auftragshistorie, Problemhistorie (z. B. Gewährleistungsansprüche oder Streitigkeiten). Im Rahmen des oben beschriebenen Verwendungszwecks darf der AUFTRAGNEHMER die genannten Daten wie folgt erheben, verarbeiten und nutzen: (i) selbst und/oder über mit ihm verbundene Unternehmen oder externe Subunternehmer und (ii) von Ländern innerhalb und/oder außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes aus. Der AUFTRAGGEBER wird dafür sorgen (z. B. durch Einholung ggf. erforderlicher Einwilligungserklärungen von den Betroffenen oder mit sonstigen laut Gesetz zur Verfügung stehenden geeigneten Mitteln), dass der AUFTRAGNEHMER die vorgenannten Daten für die beschriebenen Zwecke verwenden darf.

III. KAUF- UND WERKLIEFERUNGSVERTRÄGE

1. Lieferung, Übergabe, Gefahrübergang

- 1.1 Der AUFTRAGNEHMER hat die WAREN gemäß der vereinbarten INCOTERMS-Klausel zu dem im TERMINPLAN angegebenen Datum zu liefern. Wenn keine INCOTERMS-Klausel angegeben ist, erfolgen Lieferungen der WAREN ab dem im VERTRAG genannten Herstellerwerk (EXW). Wenn kein Herstellerwerk angegeben ist, erfolgen Lieferungen der WAREN ab Werk (EXW) ab Sitz des AUFTRAGNEHMERS. Falls die angegebene INCOTERMS-Klausel den AUFTRAGNEHMER dazu verpflichtet, bestimmte Einfuhrformalitäten für die Einfuhr ins Lieferland zu erledigen, hat der AUFTRAGGEBER dem AUFTRAGNEHMER auf eigene Kosten alle Unterstützung zu gewähren, die der AUFTRAGNEHMER dabei benötigt. Wenn es bei der Erledigung von Einfuhrformalitäten zu (nicht vom AUFTRAGNEHMER verursachten) Verzögerungen kommt, hat der AUFTRAGNEHMER Anspruch auf eine angemessene Anpassung des TERMINPLANS. Sofern die Verzögerungen vom AUFTRAGGEBER zu vertreten sind, findet Ziffer II 5.2 Satz 2 und Satz 3 Anwendung.
- 1.2 Angaben zu Packmaßen und Bruttogewicht sind lediglich ungefähre Richtwerte und gelten nicht als verbindlich für den AUFTRAGNEHMER.
- 1.3 Teillieferungen und Umladungen sind zulässig. Der AUFTRAGNEHMER kann die LIEFERUNGEN von verschiedenen Standorten und aus verschiedenen Ländern, liefern und dabei verschiedene Transportmittel nutzen.
- 1.4 Der Gefahrübergang erfolgt gemäß der vereinbarten INCOTERMS-Klausel. Wenn SERVICES in den LIEFERUNGEN enthalten sind, hat dies keinen Einfluss auf den Gefahrübergang und der AUFTRAGNEHMER übernimmt dadurch keinerlei Sorge oder Verantwortung für die BEISTELLUNGEN (oder Teilen davon) und/oder den INSTALLATIONSORT.

2. Wareingangskontrolle, Rügeobliegenheit

Der AUFTRAGGEBER hat die WARE nach Ablieferung durch den AUFTRAGNEHMER unverzüglich auf erkennbare MÄNGEL hin zu untersuchen. Die bei einer Untersuchung der WAREN erkennbaren MÄNGEL hat der AUFTRAGGEBER dem AUFTRAGNEHMER unverzüglich, spätestens jedoch vierzehn TAGE nach der Ablieferung anzuzeigen. Verborgene MÄNGEL sind dem AUFTRAGNEHMER unverzüglich nach Entdeckung, spätestens jedoch vierzehn TAGE nach der Entdeckung anzuzeigen. Die Mangelanzeige hat in Textform zu erfolgen (e-mail genügt nicht). Im Übrigen

richten sich die Voraussetzungen und Folgen einer verspäteten Mängelrüge nach den gesetzlichen Bestimmungen (§ 377 UGB bzw. §§ 377, 381 UGB).

Sofern vertraglich eine Abnahme der WARE vorgesehen ist, gelten statt dieser Ziffer die Bestimmungen gemäß Ziffer III.3.

3. Vereinbarte Abnahme, Inbetriebnahme

- 3.1 Sofern vertraglich eine Abnahme der LIEFERUNGEN durch den AUFTRAGGEBER vorgesehen ist, führen die Parteien zu diesem Zweck ABNAHMEPRÜFUNGEN durch.
- 3.2 Sofern im VERTRAG nichts anderes bestimmt ist, werden ABNAHMEPRÜFUNGEN umgehend durchgeführt, nachdem die LIEFERUNGEN vom AUFTRAGNEHMER in Betrieb genommen worden sind und die LIEFERUNGEN nach der begründeten Auffassung des AUFTRAGNEHMERS einen stabilen Betrieb erreicht haben. ABNAHMEPRÜFUNGEN sind mit entsprechend den Erfordernissen des AUFTRAGNEHMERS geschultem und qualifiziertem Personal des AUFTRAGGEBERS durchzuführen.
- 3.3 Der AUFTRAGGEBER hat für die ABNAHMEPRÜFUNGEN auf seine Kosten alle benötigten Einsatz- und Betriebsstoffe bereitzustellen. Der AUFTRAGGEBER hat während der ABNAHMEPRÜFUNGEN sicherzustellen, dass (i) alle von ihm bereit gestellten Einsatz- und Betriebsstoffe den im VERTRAG enthaltenen Spezifikationen (oder wenn dort keine solche Spezifikationen enthalten sind, dem vom AUFTRAGNEHMER gelieferten PRÜFPROTOKOLL gemäß Ziffer III.3.5 entsprechen, (ii) alle Analysen der Einsatz- und Betriebsstoffe und des PRODUKTS pünktlich zur Verfügung gestellt werden, wie dies zwischen den Parteien vereinbart ist, und (iii) dass alle den LIEFERUNGEN vor- und nachgelagerten Anlagenteile ordnungsgemäß funktionieren.
- 3.4 Sofern im VERTRAG oder dem PRÜFPROTOKOLL nichts anderes bestimmt ist, hat die Partei, die für die Durchführung der ABNAHMEPRÜFUNGEN verantwortlich ist, der jeweils anderen Partei den Zeitraum, in dem die ABNAHMEPRÜFUNGEN beginnen sollen, mindestens 14 TAGE im Voraus anzuzeigen. Wenn die ABNAHMEPRÜFUNGEN nicht vom AUFTRAGNEHMER beaufsichtigt oder durchgeführt werden, hat der AUFTRAGGEBER dem AUFTRAGNEHMER Gelegenheit zu geben, an den ABNAHMEPRÜFUNGEN teilzunehmen und sie zu beobachten. Dem AUFTRAGNEHMER steht eine Kopie aller diesbezüglichen Abnahmeprotokolle und Aufzeichnungen zu.
- 3.5 Soweit im VERTRAG nichts anderes bestimmt ist, entsprechen die für die ABNAHMEPRÜFUNGEN geltenden Verfahren und Anforderungen den Standard-Prüfverfahren und -anforderungen des AUFTRAGNEHMERS. Diese an die WARE und den VERTRAG angepassten Verfahren und Anforderungen stellt der AUFTRAGNEHMER dem AUFTRAGGEBER in Form eines „PRÜFPROTOKOLLS“ spätestens 30 TAGE vor dem voraussichtlichen Beginn der ABNAHMEPRÜFUNGEN zur Verfügung. Das PRÜFPROTOKOLL hat unter anderem alle Voraussetzungen für die ABNAHMEPRÜFUNGEN und den Gegenstand der ABNAHMEPRÜFUNGEN, die Dauer der betreffenden ABNAHMEPRÜFUNGEN, Messtoleranzen und die Verfahren und Methoden für die Durchführung der ABNAHMEPRÜFUNGEN zu enthalten.
- 3.6 Die Abnahme ist zu erklären, wenn (i) während der ABNAHMEPRÜFUNGEN keine wesentlichen MÄNGEL an den LIEFERUNGEN festgestellt werden, insbesondere wenn die LIEFERUNGEN im Durchschnitt gemäß der LEISTUNGSZUSAGEN funktioniert haben; oder (ii) Teile der LIEFERUNGEN vom AUFTRAGGEBER vor Abschluss der ABNAHMEPRÜFUNGEN in Gebrauch genommen werden; der Verkauf von einem unter der Aufsicht des AUFTRAGNEHMERS gemäß dem PRÜFPROTOKOLL hergestellten PRODUKT durch den AUFTRAGGEBER stellt keinen Gebrauch im Sinne dieser Bestimmung dar. Finden die ABNAHMEPRÜFUNGEN aus nicht vom AUFTRAGNEHMER zu vertretenden Gründen nicht spätestens binnen sechs Monaten ab Lieferung statt, gilt die Abnahme nach Ablauf dieses Zeitraums als erklärt.
- 3.7 Wenn die Abnahme zu erklären ist, hat der AUFTRAGNEHMER dem AUFTRAGGEBER eine Abnahmebescheinigung für die LIEFERUNGEN („ABNAHMEBESCHEINIGUNG“) vorzulegen, die der AUFTRAGGEBER umgehend zu unterzeichnen hat. In der ABNAHMEBESCHEINIGUNG ist das Datum anzugeben, das als Datum des Bestehens der ABNAHMEPRÜFUNGEN gilt. Der AUFTRAGGEBER ist nicht berechtigt, die Erteilung der ABNAHMEBESCHEINIGUNG wegen bestehender Mängel oder des Fehlens von Eigenschaften, die den Betrieb der LIEFERUNGEN nicht wesentlich beeinträchtigen, zu verweigern; solche Mängel und fehlenden Eigenschaften sind vom AUFTRAGGEBER in der ABNAHMEBESCHEINIGUNG zu vermerken und vom AUFTRAGNEHMER unverzüglich nachzubessern, ohne dass die Gültigkeit oder Wirksamkeit

der ABNAHMEBESCHEINIGUNG dadurch berührt wird. Wenn der AUFTRAGGEBER nicht unverzüglich die Abnahme erklärt, kann ihm der AUFTRAGNEHMER schriftlich eine Frist von einer Woche zur Erteilung der ABNAHMEBESCHEINIGUNG setzen. Die Abnahme gilt als erfolgt, wenn der AUFTRAGGEBER innerhalb dieser Frist die Gründe für die Verweigerung der Abnahme nicht schriftlich spezifiziert.

- 3.8 Wenn die LIEFERUNGEN während der ABNAHMEPRÜFUNGEN die LEISTUNGSZUSAGEN nicht erreichen, hat der AUFTRAGNEHMER schnellstmöglich die Gründe dafür zu untersuchen und dem AUFTRAGGEBER die Ergebnisse seiner Untersuchungen mitzuteilen. Der AUFTRAGGEBER hat bei einer solchen Untersuchung auf seine Kosten uneingeschränkt mit dem AUFTRAGNEHMER zusammenzuarbeiten und dem AUFTRAGNEHMER allen erforderlichen Zugang zu gewähren und alle erforderlichen Ressourcen, Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die der AUFTRAGNEHMER zur Ursachenermittlung benötigt. Der AUFTRAGNEHMER hat umgehend auf eigene Kosten alle angemessenen Schritte zu unternehmen, um die Ursache für das Nichterreichen der LEISTUNGSZUSAGEN zu beheben, woraufhin – sofern die LEISTUNGSZUSAGEN nicht nur unwesentlich unterschritten wurden – der betreffende Teil der ABNAHMEPRÜFUNGEN noch einmal wiederholt wird.
- 3.9 Wenn die ABNAHMEPRÜFUNGEN sich aus vom AUFTRAGGEBER zu vertretenden Gründen verzögern, findet Ziffer II.5.2 Satz 2 und Satz 3 Anwendung.
- 3.10 Teilabnahmen sind zulässig. Die vorstehenden Bestimmungen dieser Ziffer III.3 gelten für jede Teilabnahme entsprechend.

4. Mängelrechte, Verjährung von Gewährleistung und Schadenersatz

- 4.1 Der AUFTRAGNEHMER hat die LIEFERUNGEN frei von MÄNGELN zu liefern. Für MÄNGEL leistet der AUFTRAGNEHMER nach den gesetzlichen Vorschriften Gewähr; ergänzend gilt vorrangig Folgendes:
- 4.2 Das Wahlrecht, ob MÄNGEL der LIEFERUNGEN durch Nachbesserung oder Neulieferung bzw. Neuherstellung des mangelhaften Teils der LIEFERUNGEN behoben werden, steht dem AUFTRAGNEHMER alleine zu.
- 4.3 Die bloße Erbringung von Nacherfüllungsleistungen durch den AUFTRAGNEHMER stellt unabhängig vom Umfang der Nacherfüllungsleistung kein Anerkenntnis des vom AUFTRAGGEBER behaupteten MANGELS dar. Zur Abgabe eines Anerkenntnisses sind ausschließlich die gesetzlichen Vertreter des AUFTRAGNEHMERS sowie dessen Prokuristen befugt.
- 4.4 Dem AUFTRAGNEHMER stehen mindestens zwei (2) auf eigene Kosten zu unternehmende Nachbesserungsversuche zu. Der AUFTRAGGEBER hat dem AUFTRAGNEHMER in jedem dieser Fälle sicheren Zugang zu dem INSTALLATIONSORT und die Sachherrschaft über die betroffenen LIEFERUNGEN am INSTALLATIONSORT zu gewähren.
- 4.5 Wenn der auftretende Defekt oder Fehler auf eine oder mehrere der folgenden Ursachen zurückzuführen ist, handelt es sich nicht um einen MANGEL, für den der AUFTRAGNEHMER haftet; die Aufzählung ist nicht abschließend: (i) normaler Verschleiß und Abnutzung; (ii) Verwendung anderer als Original-Ersatzteile oder qualitativ gleichwertiger Ersatzteile; (iii) Verwendung von Einsatz-, Verbrauchs- oder Betriebsstoffen, die den im VERTRAG der in den schriftlichen Handbüchern des AUFTRAGNEHMERS enthaltenen Spezifikationen nicht entsprechen; (iv) Störungen oder Ausfälle vor- und/oder nachgelagerter Anlagenteile; (v) ohne die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des AUFTRAGNEHMERS vorgenommene Änderungen; (vi) Verwendung korrosiver und abrasiver Substanzen; (vii) Lagerung, Verwendung, Betrieb oder Wartung von WAREN oder der Umgang mit diesen in einer Weise, die nicht genauestens den anerkannten Regeln der Ingenieurtechnik, dem VERTRAG oder schriftlichen Vorgaben des AUFTRAGNEHMERS entspricht sowie Nichteinhaltung der Bestimmungen von schriftlichen Handbüchern und Anleitungen des AUFTRAGNEHMERS und der eigenen Qualitätssicherungsanforderungen des AUFTRAGGEBERS; (viii) vom AUFTRAGGEBER oder in dessen Namen gelieferte Informationen, erbrachte Leistungen, zur Verfügung gestelltes Personal oder zur Verfügung gestellte Ausrüstung und sonstige Ressourcen; (ix) Nichtgestattung der Durchführung von ABNAHMEPRÜFUNGEN, Montageüberwachungs- und/oder Montageleistungen durch den AUFTRAGNEHMER, sofern diese in den LIEFERUNGEN enthalten sind.

- 4.6 Abweichend von § 933 ABGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die vorstehende Verjährungsfrist gilt auch für Schadenersatzansprüche des AUFTRAGGEBERS, wegen Mangelschaden oder Mangelfolgeschaden. Die vorstehende Verjährungsfrist gilt nicht für Schadenersatzansprüche in Fällen der Ziffer II.7.1 und II.7.3. Diese Schadenersatzansprüche verjähren ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.
- 4.7 4.2 bis 4.5 dieses Punktes gelten für schadenersatzrechtliche Ansprüche wegen Mangelschäden bzw. Mangelfolgeschäden sinngemäß. Ziffer II 7 ist anwendbar.

5. Ausschluss des Abbestellungsrechts

Das Abbestellungsrecht des AUFTRAGGEBERS gemäß §§ 1165 ABGB ff. wird ausgeschlossen.

IV. WERKVERTRÄGE

1. Leistungserbringung

Die Leistungserbringung erfolgt zu den im VERTRAG bzw. im TERMINPLAN vorgesehenen Zeitpunkten bzw. Zeiträumen.

2. Abnahme

- 2.1 Der AUFTRAGGEBER ist verpflichtet, die vom AUFTRAGNEHMER erbrachten SERVICES abzunehmen. Soweit dies vertraglich vereinbart ist, führen die Parteien zu diesem Zweck ABNAHMEPRÜFUNGEN durch; in diesem Falle findet Ziffer III.3 entsprechende Anwendung. Andernfalls gilt Folgendes:
- 2.2 Der AUFTRAGNEHMER legt dem AUFTRAGGEBER nach der Fertigstellung eine Abnahmebescheinigung („ABNAHMEBESCHEINIGUNG“) vor, die der AUFTRAGGEBER umgehend zu unterzeichnen hat. In der ABNAHMEBESCHEINIGUNG ist das Datum der Abnahme anzugeben. Der AUFTRAGGEBER ist nicht berechtigt, die Erteilung der ABNAHMEBESCHEINIGUNG wegen unwesentlicher Mängel zu verweigern; solche Mängel sind vom AUFTRAGGEBER in der ABNAHMEBESCHEINIGUNG zu vermerken und vom AUFTRAGNEHMER unverzüglich nachzubessern, ohne dass die Gültigkeit oder Wirksamkeit der ABNAHMEBESCHEINIGUNG dadurch berührt wird. Wenn der AUFTRAGGEBER nicht unverzüglich die Abnahme erklärt, kann ihm der AUFTRAGNEHMER schriftlich eine Frist von einer Woche zur Erteilung der ABNAHMEBESCHEINIGUNG setzen. Die Abnahme gilt als erfolgt, wenn der AUFTRAGGEBER innerhalb dieser Frist die Gründe für die Verweigerung der Abnahme nicht schriftlich spezifiziert.
- 2.3 Teilabnahmen sind zulässig. Die vorstehenden Bestimmungen dieser Ziffer IV.2 gelten für jede Teilabnahme entsprechend.

3. Mängelrechte, Verjährung von Gewährleistung und Schadenersatz

- 3.1 Der AUFTRAGNEHMER hat die SERVICES frei von MÄNGELN zu liefern. Für MÄNGEL leistet der AUFTRAGNEHMER nach den gesetzlichen Vorschriften Gewähr; ergänzend gilt vorrangig Folgendes:
- 3.2 Die bloße Erbringung von Nacherfüllungsleistungen durch den AUFTRAGNEHMER stellt unabhängig vom Umfang der Nacherfüllungsleistung kein Anerkenntnis des vom AUFTRAGGEBER behaupteten MANGELS dar. Zur Abgabe eines Anerkenntnisses sind ausschließlich die gesetzlichen Vertreter des AUFTRAGNEHMERS sowie dessen Prokuristen befugt.
- 3.3 Dem AUFTRAGNEHMER stehen mindestens zwei (2) auf eigene Kosten zu unternehmende Nachbesserungsversuche zu. Der AUFTRAGGEBER hat dem AUFTRAGNEHMER in jedem dieser Fälle, soweit erforderlich, sicheren Zugang zu dem INSTALLATIONSORT und die Sachherrschaft über die betroffenen WAREN am INSTALLATIONSORT zu gewähren.

- 3.4 Wenn der auftretende Umstand auf eine oder mehrere der folgenden Ursachen zurückzuführen ist, handelt es sich nicht um einen MANGEL, für den der AUFTRAGNEHMER Gewähr leistet; die Aufzählung ist nicht abschließend: (i) normaler Verschleiß und Abnutzung; (ii) Verwendung anderer als Original-Ersatzteile oder qualitativ gleichwertiger Ersatzteile; (iii) Verwendung von Einsatz-, Verbrauchs- oder Betriebsstoffen, die den im VERTRAG der in den schriftlichen Handbüchern des AUFTRAGNEHMERS enthaltenen Spezifikationen nicht entsprechen; (iv) Störungen oder Ausfälle vor- und/oder nachgelagerter Anlagenteile; (v) ohne die ausdrückliche schriftliche Zustimmung des AUFTRAGNEHMERS vorgenommene Änderungen; (vi) Verwendung korrosiver und abrasiver Substanzen; (vii) Lagerung, Verwendung, Betrieb oder Wartung von WAREN oder der Umgang mit diesen in einer Weise, die nicht genauestens den anerkannten Regeln der Ingenieurtechnik, dem VERTRAG oder schriftlichen Vorgaben des AUFTRAGNEHMERS entspricht sowie Nichteinhaltung der Bestimmungen von schriftlichen Handbüchern und Anleitungen des AUFTRAGNEHMERS und der eigenen Qualitätssicherungsanforderungen des AUFTRAGGEBERS; (viii) vom AUFTRAGGEBER oder in dessen Namen gelieferte Informationen, erbrachte Leistungen, zur Verfügung gestelltes Personal oder zur Verfügung gestellte Ausrüstung und sonstige Ressourcen; (ix) Nichtgestattung der Durchführung von ABNAHMEPRÜFUNGEN, Montageüberwachungs- und/oder Montageleistungen durch den AUFTRAGNEHMER, sofern diese in den LIEFERUNGEN enthalten sind.
- 3.5 Abweichend von § 933 iVm § 1167 ABGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab dem entsprechenden gesetzlichen Verjährungsbeginn. Die vorstehende Verjährungsfrist gilt auch für Schadenersatzansprüche des AUFTRAGGEBERS wegen Mangelschaden oder Mangelfolgeschaden. Die vorstehende Verjährungsfrist gilt nicht für Schadenersatzansprüche in Fällen der Ziffer II.7.1 und II.7.3. Diese Schadenersatzansprüche verjähren ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.
- 3.6 3.2 bis 3.4 dieses Punktes gelten für schadenersatzrechtliche Ansprüche wegen Mangelschäden bzw Mangelfolgeschäden sinngemäß. Ziffer II 7 ist anwendbar

4. Sonstiges

- 4.1 Der AUFTRAGNEHMER wird nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen.
- 4.2 Der AUFTRAGNEHMER ist in der Einteilung seiner Arbeitszeit grundsätzlich frei, wird dabei aber auf die Interessen des AUFTRAGGEBERS angemessen Rücksicht nehmen.

5. Ausschluss des Abbestellungsrechts

Das Abbestellungsrecht des AUFTRAGGEBERS gemäß §§ 1165 ABGB ff. wird ausgeschlossen.

V. DIENSTLEISTUNGSVERTRÄGE

1. Leistungserbringung

Die Leistungserbringung erfolgt zu den im VERTRAG bzw. im TERMINPLAN vorgesehenen Zeitpunkten bzw. Zeiträumen.

2. Mängelrechte

- 2.1 Der AUFTRAGNEHMER hat SERVICES frei von MÄNGELN zu erbringen. Für MÄNGEL leistet der AUFTRAGNEHMER soweit anwendbar nach den gesetzlichen Vorschriften Gewähr; ergänzend gilt vorrangig Folgendes:
- 2.2 MÄNGEL der SERVICES werden durch erneute Erbringung bzw. erneute Lieferung des mangelhaften Teils behoben, jedoch nur sofern der AUFTRAGNEHMER zur Nacherfüllung verpflichtet ist.
- 2.3 Die bloße Erbringung von Nacherfüllungsleistungen durch den AUFTRAGNEHMER stellt unabhängig vom Umfang der Nacherfüllungsleistung kein Anerkenntnis des vom AUFTRAGGEBER behaupteten MANGELS dar. Zur Abgabe eines Anerkenntnisses sind ausschließlich die gesetzlichen Vertreter des AUFTRAGNEHMERS sowie dessen Prokuristen befugt.

- 2.4 Dem AUFTRAGNEHMER stehen mindestens zwei (2) auf eigene Kosten zu unternehmende Nachbesserungsversuche zu. Der AUFTRAGGEBER hat dem AUFTRAGNEHMER in jedem dieser Fälle, soweit erforderlich, sicheren Zugang zu dem INSTALLATIONSORT und die Sachherrschaft über die betroffenen WAREN am INSTALLATIONSORT zu gewähren.
- 2.5 2.2 bis 2.4 dieses Punktes gelten für schadenersatzrechtliche Ansprüche wegen Mangelschäden bzw Mangelfolgeschäden sinngemäß. Ziffer II 7 ist anwendbar.
- 3. Sonstiges**
- 3.1 Der Auftragnehmer wird nur qualifiziertes und zuverlässiges Personal einsetzen.
- 3.2 Der AUFTRAGNEHMER ist in der Einteilung seiner Arbeitszeit grundsätzlich frei, wird dabei aber auf die Interessen des AUFTRAGGEBERS angemessen Rücksicht nehmen.